

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1900

29.3.1900 (No. 88)

Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 29. März.

Expedition: Karl-Friedrich-Strasse Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pf. Briefe und Gelder frei.
Unverlangte Drucksachen und Korrespondenzen jeder Art, sowie Regensposten werden nicht zurückgeschickt und übernimmt die Redaktion dadurch keine Verantwortung für irgendwelcher Vergütung. — Der Abdruck unserer Originalartikel und Berichte ist nur mit Quellenangabe — „Karlsruh. Btg.“ — gestattet.

Nr. 88.

1900.

Abonnements auf die „Karlsruher Zeitung“ für das

II. Quartal

nimmt jede Postanstalt entgegen.

Die Expedition der „Karlsruher Zeitung“.

Amtlicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 16. März d. J. gnädigst bewogen gefunden, dem Verwaltungsassistenten Wolfgang Siegel in Mannheim die silberne Verdienstmedaille zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 20. März d. J. gnädigst geruht, den Landgerichtsrath Christian Dörner in Freiburg zum Untersuchungsrichter beim Landgericht Freiburg zu ernennen.

Nicht-Amtlicher Theil.

* Die Anwendung der bedingten Begnadigung.

Die dem Reichstag am 27. Januar 1899 vorgelegte Zusammenstellung der in den größeren Bundesstaaten für die bedingte Begnadigung geltenden Vorschriften hat in ihren Schlußbemerkungen auch die Ergebnisse der bis zum 1. Dezember 1898 gewonnenen Erfahrungen mitgeteilt. Die Würdigung dieser Ergebnisse war dadurch erschwert, daß die Erhebungen in den einzelnen Bundesstaaten nicht nach gleichmäßigen Gesichtspunkten erfolgt waren. Auf Anregung der Reichsjustizverwaltung wird neuerdings ein einheitliches Formular einer Uebersicht über die Anwendung der bedingten Begnadigung in allen beteiligten Bundesstaaten den Erhebungen zu Grunde gelegt. Auf dieser Grundlage haben bereits die Erhebungen für das Jahr 1899 stattgefunden. Mit ihnen ist eine Ermittlung der Zahl der bis zum 31. Dezember 1898 vorgekommenen Fälle einer bedingten Begnadigung und der Art ihrer Erledigung verbunden worden.

Die Gesamtzahl der Fälle, in denen bis zum 31. Dezember 1899 der Strafausschub mit Aussicht auf Begnadigung bewilligt worden ist, beträgt 25 295. Hier von gehören der Zeit bis zum 31. Dezember 1898: 18 295, dem Jahre 1899: 7 000 Fälle an. Nach einer Durchschnittsberechnung ergeben sich bis zum 31. Dezember 1898 durchschnittlich für das Jahr 6 041 Fälle. Das Jahr 1899 weist demgegenüber eine Zunahme um 959 Fälle oder 16 Proz. auf. Was die in den einzelnen Bundesstaaten ermittelten Zahlen betrifft, so haben für Preußen die Fälle, in denen das Begnadigungsrecht dem Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten zusteht, keine Ausnahme gefunden. Wird dieser Umstand in Betracht gezogen, so stellt sich heraus, daß die hinsichtlich der Häufigkeit des Vorkommens der bedingten Begnadigung zwischen den einzelnen Bundesstaaten obwaltenden Verschiedenheiten verhältnismäßig nicht erheblich sind. Eine Ausnahme bildet Hamburg, wo von der Einrichtung ein bedeutend stärkerer Gebrauch als in allen übrigen Bundesstaaten gemacht wird. Es beruht dies vornehmlich darauf, daß Hamburg die Erwachsenen in weiterem Umfange an der Vergünstigung Theil nehmen läßt. Wie für die Gesamtheit, so zeigt auch für die überwiegende Mehrheit der einzelnen Bundesstaaten das Jahr 1899 gegenüber dem Jahresdurchschnitt des vorhergehenden Zeitraums eine Zunahme. Besonders groß ist diese in Preußen (etwa um 31 Proz.). Eine Verminderung der Bissen zeigen außer Hamburg hauptsächlich einige süddeutsche Staaten (Württemberg, Baden, Elsaß-Lothringen und von Bayern die Oberlandesgerichtsbezirke Augsburg und München).

Der Natur der Sache nach waren es überwiegend Männer, denen die Maßregel zu Gute kam (5 364 oder 77 Proz.). Immerhin ist die Zahl der beteiligten Personen weiblichen Geschlechts (1 636 oder 23 Proz.) höher, als sich gegenüber der allgemeinen Kriminalität, wie sie auf Grund der Kriminalstatistik für dieses Geschlecht ermittelt ist, erwarten läßt. Dem seitens der meisten Bundesstaaten befolgten Grundsatze, die bedingte Begnadigung in erster Reihe jugendlichen Per-

sonen zu gewähren, entspricht es, daß mehr als drei Viertel aller Fälle (76 Proz.) Jugendliche betreffen. Nur für Hamburg ist die Verhältniszahl völlig abweichend; hier kommen 15 Proz. der bewilligten Strafausschreibungen auf Jugendliche, 85 Proz. auf Erwachsene. Im allgemeinen ist die Maßregel auf solche Personen beschränkt geblieben, welche noch keine Freiheitsstrafe verbüßt hatten. Nur in 1 Proz. der Fälle handelte es sich um Personen, die schon früher zu Freiheitsstrafe verurtheilt worden waren. Die strafbare Handlung, auf welche sich die bedingte Begnadigung bezog, war in 70 Proz. aller Fälle ein Vergehen; die übrigen Fälle vertheilen sich ungefähr je zur Hälfte auf Verbrechen und Uebertretungen. Die einzelnen Bundesstaaten zeigen in dieser Hinsicht Verschiedenheiten. Namentlich ist die Zahl der Uebertretungen in Bayern verhältnismäßig viel größer als in den übrigen Bundesstaaten. In der Mehrzahl der Fälle war auf die Strafe, für welche der Ausschub bewilligt wurde, von einem Amtsgericht oder Schöffengericht erkannt worden; nur in 30 Proz. der Fälle handelte es sich um das Urtheil einer Strafkammer (oder eines Schwurgerichts). Die Strafe, deren Vollstreckung ausgesetzt wurde, war meist (bei 84 Proz. der Gesamtzahl) eine Gefängnißstrafe. Auf Zuchthaus und Festungshaft ist die Maßregel nur je einmal zur Anwendung gekommen, auf Haft in 16 Proz. aller Fälle. Auch hier machen sich Verschiedenheiten zwischen den einzelnen Bundesstaaten bemerkbar. Die Dauer der ausgesetzten Gefängnißstrafe betrug in mehr als der Hälfte der Fälle eine Woche oder weniger. Die Zahl der Fälle, in denen diese Strafe einen Monat überstieg, ist noch nicht ein Zehntel der Gesamtzahl. Die Bewährungsfrist war in der Mehrzahl der Fälle (86 Proz.) auf weniger als drei Jahre bemessen; nur bei 14 Proz. aller Fälle betrug sie drei Jahre oder mehr. In Bayern nehmen, entsprechend der dort besonders häufigen Gewährung von Ausschub bei geringfügigen Straftaten, die Fälle, für welche die Bewährungsfrist auf weniger als zwei Jahre bestimmt wurde, einen breiten Raum ein (55 Proz.). In den übrigen Bundesstaaten wiegt eine Bewährungsfrist von zwei bis drei Jahren vor.

Die Flottennovelle vor der Budgetkommission des Reichstags.

(Ausführlicher Bericht.)

* Berlin, 27. März.

Ueber die heute begonnene Berathung der Novelle zum Flottengesetz ist folgendes zu berichten: Anwesend sind die Staatssekretäre des Reichsmarineamtes, des Auswärtigen Amtes, des Reichsschatzamt, sowie Unterstaatssekretär Frhr. v. Nitzhosen, ferner zahlreiche Mitglieder des Bundesraths, außerdem die bei der Vorbereitung des Gesetzes beteiligten Kommissare. Von Seiten des Herrn Abg. Müller-Fulda ist der nachstehende Antrag als Richtschnur für die beabsichtigte Berathung eingegangen:

Die Kommission wolle beschließen: I. Generaldebatte und zwei Lesungen stattfinden zu lassen. II. Die Generaldebatte in vier Hauptabschnitte zu theilen: 1. Nothwendigkeit und Umfang der Flottenvermehrung; 2. Kosten und Beschaffung der Mittel; 3. gesetzliche Festlegung der Vermehrung; 4. Durchführung der Vermehrung. Die Abgg. Müller-Fulda (Centr.), Gröber (Centr.), Graf v. Hompesch (Centr.), Speck (Centr.), Dr. Vogens (Centr.), Koerner (Centr.), Frhr. v. Thünefeld (Centr.), Prinz v. Arenberg (Centr.) haben den Antrag unterzeichnet.

Zu dem Abschnitt Nothwendigkeit und Umfang der Flottenvermehrung werden folgende Fragen gestellt werden: 1. Welche Ereignisse sind eingetreten seit dem Erlaß des Flottengesetzes vom 10. April 1898, die den Antrag notwendig machen? 2. Wie ist das derzeitige Stärkerverhältniß der Flotten a. in Deutschland, Oesterreich-Ungarn und Italien, b. in Rußland und Frankreich, c. in England und den Vereinigten Staaten? 3. Welche Verstärkungen der Flotten dieser Staaten sind zur Zeit bereits bewilligt oder in Aussicht genommen? 4. Welches sind die Stärkerverhältnisse der Landarmeen dieser Staaten? 5. Wie sind unsere politischen Beziehungen zu diesen Staaten? 6. Wie weit ist der vorgeschlagene Umfang der Flottenvermehrung begründet mit a. der Abwehr der Blockadefahr, b. dem Schutz der Handelsflotte, c. der Vertheidigung der vorbandenen Schutzgebiete? 7. Welche Ziele verfolgen die Verbündeten Regierungen über vorstehende Aufgaben hinaus mit der geplanten Weltmachtpolitik?

Zu dem Abschnitt 2 (Mittelbeschaffung): 8. Welche Steigerung der sonstigen Reichsausgaben ist mit Wahrscheinlichkeit bis zum Jahre 1920 zu erwarten, insbesondere durch Mehrkosten für das Heer, den Pensionsfond, die Versicherungsgesetze, die Kolo-

Mit einer Beilage.

nien, Neubeschaffungen, Festungsbauten, Ueberseeabel, Anlagen in Kautschou, maritime Stützpunkte, Kohlenstationen, Afrika-Bahnen und Vermehrung der Kolonialtruppen? 9. Sind die Verbündeten Regierungen geneigt, die alsbaldige Anlage eines Nickelstahlpanzerplatten-Werkes zur Herstellung des gesammten Panzermaterials für die deutsche Kriegsflotte in Erwägung zu ziehen? 10. Welche neuen Steuern schlagen die Verbündeten Regierungen unter Aufrechterhaltung der im Artikel 8 des Gesetzes vom 10. April 1898 festgesetzten Grundsätze zur Deckung der Kosten der geplanten Flottenvermehrung vor?

Zu dem Abschnitt III (Gesetzliche Festlegung der Vermehrung): 11. Wie denken sich die Verbündeten Regierungen die praktische Durchführung der §§ 1 bis 3 der Novelle unter gleichzeitiger Aufrechterhaltung des § 7 des Gesetzes vom 10. April 1898. 12. Wäre es nicht besser, die Vorschriften des geltenden und des geplanten Flottengesetzes in ein einheitliches Gesetz zusammenzulegen?

Zu dem Abschnitt IV (Durchführung der Vermehrung): 13. In welcher Weise gedenken die Verbündeten Regierungen den Nachschub zu begehen, welche aus der Verstärkung der Flotte für die Landwirtschaft zu befürchten sind? 14. Sind die Verbündeten Regierungen geneigt im Interesse der Landwirtschaft 1. eine Maximalpräsenzgröße, für Heer und Flotte zusammenberechnet, zu gewährleisten, welche die Zahl der für beide Zwecke auszubehenden Mannschaften auf ein erträgliches Maß beschränkt? 2. für eine angemessene Erhöhung der Schulpflicht auf landwirtschaftliche Erzeugnisse bei den bevorstehenden Handelsverträgen energisch einzutreten?

In die Kommission sind außer den unter den Antragstellern befindlichen Centrumsmitgliedern Graf Lindow, Ström und Dr. Stockmann neu eingetreten. Außer den Mitgliedern der Kommission sind zahlreiche Abgeordnete als Zuhörer anwesend.

Abg. Müller-Fulda (Centr.) begründet den von ihm eingereichten Antrag und bittet, sich bei der Generaldebatte thunlichst eng an den dazu gezogenen Rahmen zu halten. Die Kommission ist mit diesem Antrage einverstanden.

Abg. Müller-Fulda (Centr.) beginnt die Debatte, indem er besonderen Werth auf die Fragen 1, 5 und 7 legt. Dieselben würden insbesondere durch die Erklärungen beim ersten Flottengesetz in den Vordergrund gedrängt. Das bisher vorgebrachte Material genüge zu ihrer Beantwortung nicht.

Nach Ansicht des Vorsitzenden würde ein Theil des zur Beantwortung erforderlichen Materials vertraulicher Natur sein, weshalb man dasselbe im Plenum nicht habe erörtern können; dieses Material werde auch von der Kommission streng vertraulich zu behandeln sein.

Hierauf ergreift der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes das Wort zu Darlegungen über die Motive der Novelle, welche indessen in das vorstehend bezeichnete Gebiet der vertraulichen Mittheilungen fallen. Zur Geschäftsordnung bittet hierauf Abg. Bebel (Soz.) zunächst um Beantwortung der Frage 2 des Antrages.

Der Beantwortung unterzieht sich der Staatssekretär des Reichsmarineamtes, doch ist auch dieses Material zur Veröffentlichung nicht geeignet.

Zur Geschäftsordnung spricht Abg. Richter (freif. Volksp.) die Ansicht aus, daß das mitgetheilte Material zu einem gewissen Theile bereits der Oeffentlichkeit vorliege, er fragt an, ob man dessen weitere Verbreitung und Verwerthung mit dem Siegel der Vertraulichkeit decken wolle.

Der Staatssekretär des Reichsmarineamtes entgegnet, daß dies keineswegs der Fall sei.

Die folgende Debatte beschäftigt sich nunmehr mit den von den beiden Staatssekretären gegebenen Darlegungen und ist dementsprechend von der speziellen Wiederbeantwortung ausgeschlossen.

Nachdem diese Auseinandersetzungen sich bis zum Beginn der Plenarsitzung hingezogen und sämtliche Fragen unter I. (Nothwendigkeit und Umfang) in Betracht gezogen waren, wird die Sitzung abgebrochen und soll morgen um 10 Uhr fortgesetzt werden.

(Telegramm.)

* Berlin, 28. März. Die Budgetkommission des Reichstages setzte die Berathung der Flottennovelle fort. Abg. Bebel besprach die politische Lage Deutschlands in der Mitte der übrigen Völker und gelangte zur Ablehnung der Vorlage. Abg. Stolberg-Bernigrode trat für die Vorlage ein, ebenso Abg. Wasseremann. Abg. Richter spricht sich gegen dieselbe aus. Nachdem sich noch Kardorff und Frese für dieselbe erklärt hatten, betont Staatssekretär Graf v. Bülow nochmals den lediglich defensiven Charakter der Vorlage und zwar allen Mächten gegenüber. Der deutschen Politik läge alle aggressive Tendenz fern. Sie verfolge das Ziel, einerseits den Frieden aufrecht zu erhalten,

*) Von den im Jahre 1896 wegen Verbrechen oder Vergehen gegen Reichsgesetze verurtheilten Personen sind 16,3 Proz. weiblichen Geschlechts.

andererseits die Würde des Reiches zu wahren. Hierzu sei nicht nur diplomatische Umsicht, sondern vor allem auch ein ausreichendes Maß von materieller Macht erforderlich. Seit den 1870er und 1880er Jahren, als Bismarck die „kleine Flotte“ für genügend erachtete, haben sich die Verhältnisse wesentlich verändert. Wenn Bismarck im Jahre 1895 die Flotte in ihrer Stärke von ungefähr der amerikanischen für ausreichend hielt, so beweise die Verschiedenheit der jetzigen von der damaligen Lage, daß gerade Amerika die früheren Bahnen verließ und sich zur See stärker machte. Auch die englische Politik sei seitdem eine andere geworden. In England trete gegenwärtig die imperialistische Strömung mehr und mehr in den Vordergrund. Eine der Hauptfragen der deutschen Politik sei die Unterhaltung guter Beziehungen zu allen Mächten, die aber nur möglich sind auf der Grundlage der vollsten Gegenseitigkeit und gegenseitiger Rücksichtnahme. Die offiziellen Beziehungen seien durchweg die besten. Die Zeiten der Kabinetts-politik seien geschwunden; die Volksleidenschaften treten mehr und mehr als einflussreicher Faktor in den Vordergrund. Deshalb sei die Wehrung unserer materiellen Machtmittel zur Sicherung des Friedens nötig. Nachdem noch mehrere Redner gesprochen hatten, erörterte Staatssekretär Frhr. v. Thielmann im allgemeinen die Frage der Kostenbedeckung.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 27. März.

(Ergänzung des telegraphischen Berichts.)

Es folgt der Etat des Auswärtigen Amtes. Abg. Wassermann (nat.-lib.) wünscht Regelung des Pfandrecht an fremden Schiffen.

Direktor Körner verspricht die weitere Behandlung dieser Frage. Auf den bezüglichen an die holländische Regierung gerichteten Vorschlag sei eine Antwort noch nicht eingelaufen.

Der Etat des Auswärtigen Amtes wird angenommen; ebenso der Etat der Schutzgebiete.

Beim Etat des Reichsamtes des Innern klagt Abg. Schmidt-Warburg über die Ungleichmäßigkeit in der Höhe der Gehälter zwischen den dem Reichsamte des Innern unmittelbar unterstehenden und ihm angegliederten Behörden.

Geh. Rath Haub erwidert: Die Informationen des Vorredners wären nicht in allen Punkten richtig. Die Höherstellung der Centralbehörden sei gerechtfertigt.

Abg. Eichhoff (freis.) meint, die Unterstützung des Thüringischen Export- und Industriellenvereins aus Reichsmitteln sei nicht zu rechtfertigen, da der Verein nicht die Interessen der Allgemeinheit vertritt.

Staatssekretär Graf Posadowsky erklärt: Der Vorredner könne von einem vielbeschäftigten Staatsmann nicht erwarten, daß er plötzlich und unvorbereitet auf so kleine Details Auskunft erteile. In der ersten Lesung habe der Staatssekretär in dieser Frage eine Erklärung abgegeben: er könne nur lebhaft bedauern, daß diese Angelegenheit wieder vor den Reichstag gebracht würde.

Geh. Rath Paulsen erklärt, der fragliche Verein sei sicherlich ein gemeinnütziges Unternehmen. Der weimarische Landtag habe diesem Verein auch Unterstützungen bewilligt.

Reichs-Schönau-Carola (wiltb) spricht für die Erleichterung der Zulassung der Frauen zu den Universitätsvorlesungen.

Staatssekretär Graf Posadowsky erklärt: Die Frauen seien in ihren Forderungen bezüglich des Universitätsstudiums immer weiter gegangen. Ob in Preußen eine Universität vielleicht als Frauenuniversität eingerichtet werden solle, wisse Redner nicht. Zweifelhaft sei, ob die deutschen Regierungen geneigt sind, auf die Universitäten und Professoren einen Druck bezüglich der Zulassung der Frauen zum Studium auszuüben. Persönlich stehe er dem Frauenstudium sehr wohlwollend gegenüber.

Abg. Richter (freis. Ver.) meint, in der Frage des Frauenstudiums müsse Preußen vorangehen.

Abg. Rosenow (Soz.) fragt an, was zur Erledigung der Resolution über den Erlass eines Reichswohngesetzes bereits geschehen sei.

Staatssekretär Graf Posadowsky erwidert, die Wohnungsfrage sei eine der tiefgehendsten sozialen Fragen. Der Vorredner kann nicht erwarten, daß in der kurzen Zeit sachlich schon etwas Entscheidendes in dieser Frage erreicht sei. Die Regierung wird der Angelegenheit ihre Aufmerksamkeit nach wie vor zuwenden.

Abg. Singer (Soz.) verwahrt seine Partei gegen den vom Abg. Arendt erhobenen Vorwurf, daß sie entsetzte oder ungläubige Angaben mache. Der fragliche Fall sei durchaus nicht aufgeklärt.

Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. Arendt und Singer bringt Abg. Paasche (nat.-lib.) authentisches Material über den vom Abg. Bebel bei der Beratung der Flottenvorlage vorgebrachten Fall, zum Beweise dafür, daß die Angaben des Abg. Bebel den tatsächlichen Dienstzeit von der Firma Ludwig Schöbe nach langjähriger Dienstzeit von der Firma Ludwig Schöbe plötzlich entlassen worden sein und sich aus Verzweiflung erhängt haben. Die Familie sei der Armenpflege anheimgefallen. Der Mann habe aber statt dessen einen Gehalt von 4800 M. bezogen und sei nicht plötzlich entlassen worden. Die Beerdigungskosten wurden von der Firma mit 1100 M. getragen; die Familie erhalte 1200 M. Pension.

Abg. Bebel (Soz.) erklärt, die Pension sei erst nach der Erörterung im Reichstage bewilligt worden.

Abg. Arendt (Reichsp.) bemerkt, der Abg. Bebel hätte sich auch den Liederbrief erst verschaffen müssen, ehe er derartige Beschuldigungen hier vorbrachte.

Es folgen Bemerkungen der Abgg. Bebel und Speck; sodann begründet Fürst zu Inn- und Rupphausen einen Antrag, im Interesse der Hochseefischerei in der Nordsee Verhandlungen mit Holland, England, Dänemark und Schweden Norwegen bezüglich der Einfuhr von Schongerechten für die Fischdampfer und Befestigung der Trampfischerei anzuknüpfen.

Abg. Hahn (Vd. d. Landw.) begrüßt die mit dem Antrag gegebene Anregung.

Staatssekretär Graf v. Posadowsky stellt zunächst auf eine Anfrage des Vorredners fest, daß der Ausbeutung der Kohlenlager auf der Bäreninsel internationale Bedenken nicht entgegenstehen. Die im Antrag Knyphausen festgesetzte Schonzeit würde gerade den Sprossen- und Schollenfang treffen. Die Stockholmer Konferenz in dieser Angelegenheit habe eine Kommission eingesetzt, deren Erörterungen über gewisse Schonzeiten und Schongeräte man zunächst werde erwarten müssen.

Abg. Müller-Sagan (freis. Volksp.) ist mit der Tendenz des Antrages einverstanden.

Fürst zu Inn- und Rupphausen zieht seinen Antrag zurück.

Abg. Remboldt (Centr.) begründet den Antrag, angefaßt der schärferen wirtschaftlichen Schädigungen durch die Maul- und Klauenseuche und der dadurch herbeigeführten Sperrmaßnahmen die bestehenden Bekämpfungsvorschriften einer eingehenden Prüfung zu unterziehen, insbesondere darauf Bedacht zu nehmen, daß vor Anwendung einer Sperre die Notwendigkeit derselben sorgfältig geprüft und jede Verzögerung in der Aufhebung der Sperrmaßnahmen vermieden werden.

Staatssekretär Graf v. Posadowsky: Im Reichsgesundheitsamt habe bereits eine Konferenz stattgefunden, ebenso habe der deutsche Landwirtschaftsrath eine Kommission zur Beratung eingesetzt. Hieran würden sich eingehende Beratungen im Reichsgesundheitsamt anknüpfen.

(Telegraphischer Bericht.)

Berlin, 28. März.

Der Reichstag setzte die dritte Beratung des Etats beim Reichsamte des Innern fort.

Abg. Werner beantragt, den Antrag Remboldt, betreffend die Maul- und Klauenseuche mit dem Zusatzantrage heute von der Tagesordnung abzulesen, um den Etat rechtzeitig fertig zu stellen, und den Antrag bald nach Horen zu beraten.

Die Abgg. Remboldt, Müller-Sagan, sodann auch Präsident Valleiren sind damit einverstanden.

Der Antrag wird abgelehnt und der Rest des Etats des Innern angenommen.

Beim Etat: Verwaltung des Reichsheeres antwortet der Kriegsminister auf eine Anregung des Abg. Jagdzewski betreffend die katholische Kirche in der Armee, er könne nicht anerkennen, daß irgendwelcher Gewissenszwang in der Armee ausgeübt werde.

Eine Reihe Titel wird sodann angenommen.

Nach unwesentlicher Debatte werden die Etats der Verwaltung des Reichsheeres und des Reichsmarineamtes angenommen.

Berlin, 28. März. Der Reichstag vertrat sich bis zum 24. April.

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, 28. März.

Seine königliche Hoheit der Großherzog ertheilte heute Vormittag von 11 bis 2 Uhr den nachgenannten Personen Audienz: dem Oberlandesgerichtsrath Dr. Stein in Karlsruhe, dem Direktor der Heil- und Pflegeanstalt Medizinalrath Dr. Haardt in Emmendingen, dem Gymnasialdirektor Dr. Böckel in Heidelberg, dem Progymnasialdirektor Neff in Donaueschingen, dem Landgerichtsrath Dr. Heinsheimer, dem Archivrath Dr. Oberer in Baden, dem Stadtbaumeister Strieder, dem Veterinär-assessor Fehnenmeier, dem Musikdirektor Guggenbühler und dem Zeichenlehrer Roman in Karlsruhe. Dazwischen meldeten sich folgende Offiziere und Militärbeamte: Generalmajor Freiherr von Horn, Kommandeur der königlichen Badischen 9. Infanterie-Brigade, welcher vom 1. April ab unter Beförderung zum Generalleutnant zum Kommandeur der königlichen Badischen 6. Division ernannt worden ist, Oberst von Schickus und Neuborst, Chef des Generalstabes des 14. Armeecorps, Oberst von Brochem, Kommandeur des 1. Heffischen Infanterie-Regiments Nr. 81, bisher beim Stabe des Infanterie-Regiments von Lützow (1. Rheinischen) Nr. 25, Oberleutnant Plag, Adjutant des 7. Badischen Infanterie-Regiments Nr. 142 und Baurath Wellmann von der Intendantur des Gardekorps, bisher Garnisonsbaubeamter bei der Intendantur des 14. Armeecorps.

Ihre königliche Hoheit die Großherzogin fuhr heute zum ersten Mal wieder im geschlossenen Wagen aus.

Gegen Abend hörte Seine königliche Hoheit der Großherzog die Vorträge des Geheimen Legationsraths Dr. Freiherrn von Babo und des Legationsraths Dr. Seyb.

Die neuen Freimarken und Postarten zu 2 Pf., welche vom 29. März ab an den Postanstalten käuflich sind, werden wegen der am 1. April in Kraft tretenden ermäßigten Taxen für offene Briefsendungen des Orts- und Nachbortarifsverkehrs eingeführt. Um die rechtzeitigige Fertigstellung frankierter Massensendungen, wie beispielsweise von Circularen der Ortskrankenkassen, zum Versand vom 1. April ab zu ermöglichen, waren übrigens die Postanstalten ermächtigt, auf begründeten Antrag die nöthigen großen Posten solcher Wertzeichen ausnahmsweise früher zu verabsolgen.

Bereits ausgegeben an neuen Postwertzeichen sind — abgesehen von den älteren Werthen mit dem neuen Markenbilde, die nach Maßgabe der Erstausgabe der alten Bestände zum Verkauf gelangen — die Werthe zu 30, 40 und 80 Pf. Hierzu tritt am 1. April die Marke zu 1 M., welcher ferner die Marken zu 2, 3 und 5 M. in den nächsten Monaten folgen werden.

Am 1. April werden in den Orten Reichenbach bei Ettlingen und Obriegen bei Bauschlott Postagenturen mit Telegraphenbetrieb in Wirksamkeit treten.

Vom 1. April ab werden die Beförderungsgebühren für diejenigen Pakete bis 10 kg nach Großbritannien und Irland herabgesetzt, welche vom Absender für die Leitung über Belgien mit dem Vermerke „durch die Niederlande mit dem Continental-Agentur“, für die Leitung über die Niederlande mit dem Vermerke „über Kaltenkirchen — Wilsingen“ versehen sind. Bei Paketen dieser Art bis 1 kg tritt eine besondere Taxermäßigung ein.

Die Postanstalten ertheilen auf Wunsch nähere Auskunft.

Vom 1. April ab wird, wie im inländischen deutschen Briefverkehr, auch im Verkehr mit Oesterreich-Ungarn (einschließlich Bosnien-Herzegowina und Vichisten), sowie mit den deutschen Schutzgebieten und mit den in fremden Gewässern befindlichen deutschen Kriegsschiffen die Gewichtsgrenze für einfache Briefe von 15 g auf 20 g erhöht.

Auf Briefsendungen zwischen Deutschland und den deutschen Schutzgebieten einerseits und Samoa andererseits finden fortan die für die deutschen Schutzgebiete geltenden Bestimmungen und Taxen Anwendung.

Im Verkehr Deutschlands mit den Deutschen Schutzgebieten, sowie im Verkehr der Deutschen Schutzgebiete unter einander treten vom 1. April ab folgende Änderungen ein:

1. Der Portofuß von 10 Pf gilt für den frankirten gewöhnlichen Brief bis zum Gewichte von 20 gr (bisher 15 gr) einschließlich.

2. Geschäftspapiere sind unter denselben Bedingungen wie im inneren Verkehr Deutschlands, jedoch bis zum Reistgewicht von 2 kg, zugelassen. Die Gebühr beträgt: bei einem Gewichte bis 250 gr einschließlich . . . 10 Pf., von mehr als 250 bis 500 gr einchl. . . 20 „ „ „ „ „ 500 gr bis 1 kg „ „ 30 „ „ „ „ „ 1 kg bis 2 kg „ „ 60 „

3. Die Vereingung von Druckfachen, Waarenproben und Geschäftspapieren oder von zweien dieser Gattung zu einer Sendung ist bis zum Gesamtgewicht von 2 kg unter der Bedingung gestattet, daß jeder Gegenstand, für sich genommen, die auf ihn anwendbaren Grenzen des Gewichtes und der Ausdehnung nicht überschreitet. Die Gebühr für zusammengepackte Gegenstände ist gleich derjenigen für Geschäftspapiere.

Dieselben Bestimmungen gelten auch für den Verkehr Deutschlands mit den im Auslande befindlichen deutschen Kriegsschiffen, jedoch mit der Maßgabe, daß nur die Vereingung von Druckfachen und Geschäftspapieren zu einer Sendung, nicht auch die Vereingung von Waarenproben, gestattet ist.

Dem Badischen Verein in Köln ging zu Händen seines Vorsitzenden, Herrn Zöllinger, auf seine Glückwünsche zur Verlobung seiner Großherzoglichen Hoheit der Prinzessin Maximilian von Baden folgende Depesche zu:

„Die Großherzogin und Ich sind tief gerührt von der werthen Kundgebung treuer Theilnahme an dem frohen Ereigniß der Verlobung der Prinzessin Maximilian, welche Sie uns im Namen des Badener Vereins übermittelten. Wir sagen dem Verein unseren herzlichsten Dank und wünschen ihm ein freundliches ferneres Gedeihen.“

gez. Friedrich, Großherzog von Baden.

P. Aus den Verhandlungen der Handelskammer vom 26. März. Nächsten Sonntag, den 1. April, Mittags 12 Uhr, wird im großen Rathhauseaal zu Karlsruhe ein badischer Handelstag mit folgender Tagesordnung stattfinden: 1. Neuordnung des badischen Handelstags; 2. Vermehrung der Kriegsschiffe; 3. Gewerbesteuer, betreffend Schlachtvieh und Fleischbeschau; 4. Einrichtungen zur Förderung des auswärtigen Handels; 5. Unfallversicherung; 6. Gewerbeverträge. Die Verhandlungen des Handelstags sind öffentlich. — Der Handelstag ist auf den 6. und 7. April nach Berlin einberufen. Mit der Vertretung der Handelskammer auf demselben werden betraut: Der Vorsitzende Geh. Commerzienrath Schneider, der stellvertretende Vorsitzende Kaufmann Rudolf Herrmann und das Mitglied Fabrikant Hermann Wittmer-Bretten. — Die Handelskammer wird auf den beiden Handelstagen für eine Vermehrung der Kriegsschiffe eintreten und gegen ein Verbot der Einfuhr ausländischen Fleisches stimmen. — Wegen der Kohlennoth wird sich die Handelskammer mit Eingaben an den Reichstag und die Großherzoglich Badische Regierung wenden.

(Kaufmännischer Verein Karlsruhe.) Vor nicht befestigtem Rathhauseaal gab am Montag Abend Herr Alexander Roszkowsky, Berlin, Chefredakteur der „Nüctigen Blätter“, aus seinen bekannten, humorvollen Prosa- und Versbüchlein einige sehr glücklich ausgewählte Proben zum besten und fand dabei ein überaus dankbares Publikum, das durch ununterbrochene Jeterkeitsausbrüche und wiederholte lebhafteste Beifallsbezeugungen dokumentirte, wie gut es sich unterhalten läßt. Die einfache, trockene und doch wachsende Vortragsweise des Herrn Roszkowsky paßt vorzüglich zu dem überprüfenden Humor, der seine Rede- und sonstigen Prosaarbeiten auch hellenweise etwas gewaltig zusammenstürzt ist, so daß das doch der unübersehbare komische Wirkung keineswegs Abbruch. Besonderen Beifall fand die durch die tollste Situationskomik ausgezeichnete „Entfettungskur“. Die Humoresken in gebundener Rede, die den zweiten Theil des Abends ausfüllten, sind bei den leichten schlüssigen Versen und der wortreichen Anknüpfung von Reimkomik in ihrer Art kleine Meisterstücke, die auch durch immer lauter werdende Lachsalven gebührend gewürdigt wurden. — Mit dem vorgeführten Abend hatte der programmmäßige Vortragszyklus dieser Saison sein Ende erreicht, wie aber der Vorsitzende des Vereins, Herr Direktor Friedrichs, betraut gab, findet außerprogrammmäßig am Samstag den 7. April noch ein letzter Vortragabend statt, an dem Herr Hofkapellmeister Waffermann Widenbusch's neues Schauspiel „Die Tochter des Erasmus“ reglizirt wird.

(Der Gesangsverein „Concordia“) feiert am 12. Mal d. J. das Fest seines 25jährigen Bestehens und wird an diesem Tage im großen Saale der Festhalle ein Festkonzert veranstalten, bei welchem neben anderen Chören, wie Germanenzug von Heineberger, Räckerklub von Gernsheim, auch das herliche Tonwerk von M. Bruch „Frühling“ zur Ausführung gelangt. Für die Solopartien sind Frau Konzert-ängerin Eugenie Zeit aus Zürich und Herr Konzert-änger Keller aus Mannheim gewonnen. Die Einföhrung der Chöre liegt in den bewährten Händen des Herrn Seminar- musiklehrers Kahner, welcher an Stelle des erkrankten Dirigenten der „Concordia“ die musikalische Leitung freundlichst übernommen.

(Erste internationale Tagenausstellung.) Die bereits erwähnte Tagenausstellung wird morgen, Donnerstag, den 29. März, im großen Saale des „Bähringer Wirtens“ (Ede der Bähringer- und Adlerstraße) eröffnet. Die Ausstellung dauert bis zum 2. April incl. und ist täglich von Morgens 8 Uhr bis Abends 9 Uhr geöffnet. Eintritt 50 Pf.

(Unglücksfall mit tödtlichem Ausgang.) Am Sonntag, den 18. d. M., haben mehrere Schulfrauen im Alter von 10 und 11 Jahren unweit des Lauter-Sees „Buren und Engländer“ gespielt und Beschäftigungen mit alten Waffen, Degen, Säbeln und Schlägern abgehalten. Zwei Knaben haben mit einander gekämpft, während die anderen zugeben haben. Raum waren einige Giebel gewechselt, als sich der Schläger des einen Knaben vom Handgriff löste und einem der Zuschauer in's rechte Auge fuhr. Der Verletzte wurde im Ludwig-Wilhelm-Krankenhaus aufgenommen, wo er leider bemußlos darniederlag und gestern Nacht 11 Uhr an der erhaltenen Verletzung gestorben ist.

V. Heidelberg, 28. März. Der Vorstand der Landesgruppe „Deutsches Reich“ der internationalen kriminalistischen Vereingung hat sich, wie alljährlich, auch dieses Jahr im März hier versammelt und über die im Juni in Straßburg stattfindende Versammlung der deutschen Landesgruppe beraten. Anwesend waren u. a.: Vize (Berlin), Seuffert (Wonn), Mittermeier (Heidelberg), v. Wayer (München). Auf der Tagesordnung stehen u. a.: Verurtheilung, Straflosigkeit bei vorläufigen Detikten, — die Eigenart des heutigen gewerksmäßigen Verbrechens. — Einheitliche Regelung der ersten juristischen Staatsprüfung.

B.N. Schweigen, 27. März. Zweck Organisation des durch die Initiative des Herrn Dr. Werner dahier bereits seit einiger Zeit gebildeten Zweigvereins des Deutschen Flottenvereins fand gestern Abend eine Versammlung statt. Als Vorstand wurde einstimmig Herr Professor Schneider gewählt.

Baden, 28. März. Im großen Saale des Konversationshauses fand am Dienstag Abend ein gut besuchtes Solifonkonzert des Städtischen Kurorchesters statt, in welchem ein junger Münchener Konzertsänger, Herr Franz Bergen, hier zum erstenmal, und zwar mit recht gutem Erfolge auftrat. Dem Sänger sowohl wie auch dem weiteren Solisten des Abends, Herrn Violoncellisten Kopp vom Kurorchester, wurden für die musikalischen Darbietungen lebhafter Beifall gesendet, desgleichen dem Kurorchester selbst. Seine Hoheit Prinz Herrmann von Sachsen-Weimar wohnte dem Konzerte bei.

Aus dem Wiesenthal, 27. März. Durch einen Akt der Güte seitens Ihrer Königlichen Hoheit der Großherzogin wurde der Frauenverein in Lörach kürzlich auf's neue höchst erfreut. Die Hohe Frau über sandte nämlich für das in's Leben gerufene Mädchenheim ihr Bild in prächtiger Weise lebensgroßer Ausführung nebst einem schönen großen Bandspinnrad. (Siehe, ich bin mit dir und will dich bestrafen.) Diese mit frohem Danke entgegen genommene Gaben wurden den versammelten Mädchen nach Abingen des Chorals „Ich bete an die Macht der Liebe“ feierlich übergeben mit einer vom Vorstand der Abtheilung Herrn Notar Jakob gehaltenen Dankesansprache, die in einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die edle Præfectorin ausklang. An Stelle der von Lörach geschiedenen Præfectorin Frau Medizinalrath Ritter wurde Frau Kreisrath Fräulein als solche einstimmig gewählt. Die Kreishypothekendarlehenbank hat für das letzte Geschäftsjahr mit einem Ertragsüberschuss von netto 125 761 M. einen günstigen Abschluss zu verzeichnen, die als sechsprozentige Dividende zur Verteilung kommen.

Müllheim, 27. März. Nach dem städtischen Voranschlag für das Jahr 1900 betragen die Einnahmen der hiesigen Stadtgemeinde 49 712 M. und die Ausgaben 110 443 M., so daß also noch 60 731 M. durch Umlage zu decken sind. Der Umlagefuß beträgt 55 Pf. von 100 M. Die Reben haben gut überwintert, das Holz ist gesund und gut ausgereift, so daß die ersten Vorbedingungen für ein gutes Weinjahr erfüllt sind. Seitens der landwirtschaftlichen Vereine und ihrer Organe wird mit Recht schon jetzt auf die Wichtigkeit des rechtzeitigen und energischen Bestäubens der Reben mit Schwefel zur Bekämpfung des Traubenmilchs hingewiesen. — Vergangenen Samstag hat die Schulprüfung der landwirtschaftlichen Kreisnuntersschule hier selbst stattgefunden. Das Ergebnis derselben war in jeder Beziehung zufriedenstellend. Die Schule war von 32 Schülern besucht. — Bei der letzten Montag stattgefundenen Waffenschau in der Feuerschutzvereinigung aus den Kelleren der Firma Wilhelm Blankenhorn sen. entwickelte sich ein reger Geschäftsvorkehr. Von den 650 Hektolnern der zum Verkauf ausgetretenen Jahrgänge 1887 bis 1898 wurden etwa vier Fünftel abgesetzt. Die Weine waren durchweg sehr gut gehalten. Für 1898 wurden 44 bis 66 M. bezahlt, 1899r fand Absatz zu 59, 63 und 85 M., 1891r erzielte 66 und 70 M., 1895r 80 M. und 1899r Mustateller 91 M.

Der Krieg zwischen England und Transvaal.

(Telegramme.)

London, 28. März. Das Reuter'sche Bureau meldet aus Paarl vom 26. d. M.: Hier wurde eine vom Afrikanerbund veranstaltete Versammlung zu Gunsten einer persönlichen Politik abgehalten. In der Versammlung erklärte Hargrove die Buren würden sich niemals mit der Oberherrschaft zufrieden geben, und stellte weiter einen neuen Krieg in sechs Jahren in Aussicht, wenn den beiden südafrikanischen Republiken, die Gerechtigkeit und keine Großmuth verlangen, nicht die unbeschränkte Unabhängigkeit wieder eingeräumt werde. Marais, Mitglied der gesetzgebenden Versammlung der Kapkolonie, sagte, der jetzige Krieg sei eine Fortsetzung des Jameson-Zuges, die „geheime Art und Weise“, worin Rhodes zu einem Ziele gelangen wollte. Schließlich wurde von der Versammlung mit überwiegender Majorität ein Beschluß angenommen, worin erklärt wird, daß jede Regelung des jetzigen Konflikts, wobei nicht die Unabhängigkeit der südafrikanischen Republiken gewährt wird, sich als eine Schädigung der wichtigsten Interessen des britischen Reiches erweisen würde.

London, 28. März. „Morning Post“ meldet über Gaberones vom 18. d. M. aus Mafeking: Die Befestigung der englischen Stellung durch den Feind hält auch heute noch an. Die Buren thun das Aeußerste, um die Eingeborenen zu beschwichtigen. In Mafeking ist alles wohl. — „Daily Telegraph“ meldet aus Ladysmith vom 26. d. M.: 20 000 Buren bewachen die neun Pässe der Drakensberge. Es sind Freistaatsburen. Es verlautet, die Buren zogen die schweren Geschütze vom Biggarsberge zurück und haben nicht die Absicht, daselbst in Stellung zu gehen. — „Daily Chronicle“ meldet aus Kimberley vom 26. März: Ein Kommando von 400 Freistaatsburen besetzte die Straße zwischen Kimberley—Paardeberg. — Dasselbe Blatt meldet aus Ladysmith vom 26. d. M.: Die Burenstreitmacht befindet sich Berichten zufolge bei Nelspruit, nördlich von Glandslaagte.

London, 28. März. „Daily News“ melden aus Kapstadt vom 26. März: Lord Roberts ist im Begriff hierher zu kommen, um mit seiner Gemahlin zusammenzutreffen. Es ist unwahrscheinlich, daß die Vorwärtsbewegung vor Ablauf eines Monats beginnt. General Clements rückt in vier Kolonnen gegen Bloemfontein vor. — Jagersfontein und Fauresmith wurden von General Clements ohne Widerstand besetzt.

London, 28. März. Das Reuter'sche Bureau meldet aus Laurezo Marques vom 26. d. M.: Der irische Nationalist Michael Davitt ist an Bord der „Gironde“ hier eingetroffen. Auf dem Schiffe befanden sich 90 andere Passagiere, wovon die meisten sich nach Transvaal begeben wollten.

London, 28. März. „Standard“ meldet aus Durban vom 26. März: Der Rüstendampfer „Matabelle“

von der Kennie-Linie wurde durch den Kreuzer „Magicienne“ von der Delagoa-Bai eingebracht. Das Schiff wird beschuldigt, mit Transvaal Kohlen geschäfte gemacht zu haben.

Simonstowen, 27. März. Neutermeldung. Die Krankheitsfälle unter den auf den Transportschiffen hier gefangenen gehaltenen Buren vermehren sich. Von den kranken Buren leben etwa 100 an Typhus. Die Krankheitsfälle erregen bei der hiesigen Bevölkerung große Unruhe.

Laurenzo Marques, 28. März. Einer Neutermeldung zufolge ist General Joubert gestorben.

Nottingham, 28. März. Gestern Abend fand eine Versammlung der liberalen Vereinigung statt, an der etwa 1200 Delegirte Theil nahmen. Es wurde eine Resolution angenommen, die die von der Opposition im Parlamente vertretene Behauptung wiederholt, daß die Politik der Regierung, betreffend Südafrika, durch Mangel an Sachkenntnis, Voraussicht und Gerechtigkeit gekennzeichnet sei. Die Resolution erklärt die Beschwerden der Utländer als thatsächlich vorhanden und erkennt die Nothwendigkeit, die Buren daran zu hindern, sich später wieder zu bewaffnen, an. Gleichzeitig aber müsse man einer befriedigenden Regelung der Streitfrage und den Wünschen aller Theile der Bevölkerung Rechnung tragen, eine gute Behandlung der Eingeborenen sicher stellen und allen Theilen Südafrikas die weitgehendste Autonomie gewähren, die mit dem Frieden und der Wohlfahrt in Zukunft vereinbar sei.

Brüssel, 28. März. Im Senate erklärte Keesen bei der Erörterung des Budgets für die äußeren Angelegenheiten, die Paager Friedenskonferenz sei mißlungen, da ihr, und zwar um ein wenig Gold, ein Krieg gefolgt sei, der zahlreiche Opfer an Menschenleben fordere. Da der Bestand Belgiens auf der Aufrichtigkeit der Verträge beruhe, so sei es von Wichtigkeit, daß das Recht der Schwachen geachtet werde und daß Gewalt nicht vor Recht gehe. Der Minister des Aeußern erwidert, die Paager Acte werde in internationaler Beziehung erst bestehen, nachdem alle Ratifikationen ausgetauscht seien. Das Werk beziehe sich auf den bedeutenden Fortschritt auf dem Wege der friedlichen Lösung internationaler Streitigkeiten. Montefiore erhebt Einspruch gegen die von der belgischen Presse gegen England gerichteten Angriffe. Der Minister stimmt ihm bei und gibt seinem Bedauern Ausdruck, daß die Presse tiefer, was England für Belgien gethan habe, das jenem tiefe Erkenntlichkeit schulde. Zu der Sympathieäußerung des Senators Ricard für die Buren-Republiken bemerkt der Minister, die Regierung und das Parlament hätten über fremde Streitigkeiten keine Ansicht zu äußern.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Darmstadt, 28. März. Die Erste Kammer trat heute zu einer Sitzung zusammen und erlegte eine Reihe von Vorlagen in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der Zweiten Kammer. — Die Zweite Kammer bewilligte heute nach längerer von den Sozialdemokraten hervorgerufener Debatte mit allen gegen sieben Stimmen den von der Regierung geforderten Beitrag des Staates für die evangelische Kirche von 35 000 M. und für die katholische Gemeinde in Offenbach von 600 M.

Wien, 28. März. In wohlunterrichteten Kreisen verlautet bestimmt, die Regierung werde in nächster Zeit den Gemeinderath auflösen und Neuwahlen ausschreiben.

Bilfen, 28. März. Heute wurden zwei Kompagnien Militär von Karlsruh wieder abberufen, da die Verhältnisse dort wieder normal sind. Auf den Schützen der westböhmisches Bergbau-Aktiengesellschaft in Wittig und Mantau wurden vorrücksichtshalber zwei Kompagnien belassen. Auch diese aber dürften in den nächsten Tagen einbezogen werden.

Budapest, 28. März. Das Abgeordnetenhaus erlegte gestern den gesammten Staatsvoranschlag für das Jahr 1900 nach einer beifällig aufgenommenen Rede des Finanzministers Lucacs.

Kopenhagen, 28. März. Bei den Gemeinderathswahlen von Kopenhagen gewannen die Sozialdemokraten fünf und die Partei der Linken vier Sitze, so daß jetzt die Radikalen und Sozialdemokraten drei Viertel der 36 Stadtvorordnetenstimme einnehmen.

Stettin, 28. März. Wie das Reuter'sche Bureau erfährt, beabsichtigt der Prinz von Wales nicht zur Eröffnung der Weltausstellung nach Paris zu gehen.

Selkingsford, 28. März. Durch Entscheidung des Generalgouverneurs von Sinaland über den Antrag der Censurbehörde ist die Zeitung „Whirin Sanomat“ für immer verboten worden. Die Censurbehörde beantragte ferner, die Ausschussberichte und die Landtagsberichte, bevor sie in den Zeitungen veröffentlicht werden, der Censur zu unterwerfen.

New-York, 28. März. Die Antwort des deutschen Staatssekretärs Graf Balow auf den amerikanischen Vorschlag betreffend die offene Thar in China, datirt vom 19. Februar, besagt: Deutschland hat von Anfang an in den ihm unterstellten Gebieten in China eine vollkommene Gleichheit der Behandlung aller Nationen betreffend Gewerbe, Schifffahrt und Handel nicht nur aufgestellt, sondern auch thatsächlich durchgeführt. Deutschland denkt nicht daran, künftig von diesen Grundsätzen abzugehen, die zugleich jede Beeinträchtigung und Benachtheiligung amerikanischer Bürger ausschließen, so lange Deutschland hiezu nicht durch Erwägungen der Reziprozität infolge Abweichens anderer Regierungen von diesen Grundsätzen abzugehen gezwungen werde.

Kamerun, 28. März. Die Gerüchte von dem Tode des Hauptmanns v. Besser und der Vernichtung seiner Expedition sind nicht bestätigt. So viel bekannt ist, ist die Expedition Besser nicht gefährdet.

Peking, 28. März. Die Bewegung unter den Anhängern des „Boxers“ benannten Geheimbundes im Norden nimmt einen beunruhigenden Umfang an. Nach eingegangenen Nachrichten hat zwischen den Boxers und den kaiserlichen Truppen bei Yen-Chin, Provinz Peking, ein ernstes Gefecht stattgefunden. Beide Theile waren ungefähr 1500 Mann stark. Die Verluste sollen schwer gewesen, der Kampf aber unentschieden geblieben sein.

Yokohama, 28. März. In Chemulpo, der Hafenstadt von Seoul, ist ein russisches Geschwader eingetroffen.

Yokohama, 28. März. Neutermeldung. Die japanische Presse glaubt, daß Rußland beabsichtige, die Deer-Inseln bei Korea zu besetzen.

Verschiedenes.

Berlin, 28. März. Seine Majestät der Kaiser hat die Aheber der „Currie and Co.“, den Kapitän Spence, der das deutsche Kriegsschiff „Kurfürst Friedrich Wilhelm“ mit dem Kaiser an Bord nicht salutirte, nicht, wie sie beabsichtigten, zu entlassen, und ließ den Ahebern durch die Botschaft seinen Dank für die Entschuldigung ausdrücken. (Kapitän Spence, der Führer des englischen Dampfers „North Star“, der entlassen werden sollte, weil er verabsäumte, beim Vorüberfahren des „Kurfürst Friedrich Wilhelm“ mit Seiner Majestät dem Deutschen Kaiser an Bord der Kaiserflagge den Salut zu erweisen, richtete an die „Morning Post“ einen Brief, in dem er ausführte, daß es ihm nicht in den Sinn gekommen sei, eine Unhöflichkeit zu begehen. Er sei mit der Steuerung seines eigenen Schiffes so beschäftigt gewesen, daß er die am Mast des deutschen Kriegsschiffes schloß herabhängende Flagge zu spät bemerkte.)

Breslau, 27. März. (Telegr.) Auf die an Seine Majestät den Kaiser von dem Oberpräsidenten v. Trautenberg erstattete Meldung über die Eröffnung der hiesigen Marineausstellung ging dem Herzog folgendes Telegramm zu. Seine Majestät der Kaiser haben Ew. Durchlaucht Meldung von der Eröffnung der unter dem Protektorate der Erbprinzessin von Sachsen-Meinungen stehenden Marineausstellung huldvoll entgegenzunehmen geruht und Allerhöchste sich über das Interesse, welches die Breslauer Bürgerchaft dem patriotischen Unternehmen zuwenden, sehr gefreut. Seine Majestät lassen der Ausstellung guten Fortgang wünschen und Ew. Durchlaucht bestens danken. Auf Allerhöchsten Befehl: v. Lucanus.

Paris, 28. März. (Telegr.) Die Académie de Médecine ernannte Professor Bergmann-Berlin zum auswärtigen Mitgliede.

Stand der Badischen Bank

am 23. März 1900.

Aktiva.	
Metallbestand	5 201 281 M. 42 Pf.
Reichsbankenscheine	88 160 „ —
Noten anderer Banken	133 300 „ —
Beschuldbestand	24 303 195 „ 33
Bombardforderungen	486 500 „ —
Effekten	67 654 „ 32
Sonstige Aktiva	2 915 077 „ 66
33 145 168 M. 73 Pf.	

Passiva.	
Grundkapital	9 000 000 M. — Pf.
Reservefond	1 794 518 „ 76
Umlaufende Noten	13 475 900 „ —
Täglich fällige Verbindlichkeiten	7 601 745 „ 19
An Kündigungsfrist gebundene Verbindlichkeiten	— „ —
Sonstige Passiva	1 273 004 „ 78
33 145 168 M. 73 Pf.	

Die weiter begebenen, noch nicht fälligen deutschen Wechsel betragen 1 018 608 M. 29 Pf.

Die Direktion der Badischen Bank.

Großherzogliches Hoftheater.

Spielplan.

Im Hoftheater Karlsruhe.

Donnerstag, 29. März. 28. Vorst. außer Ab. (Mittelpreise.) Einmaliges Gesamtgesellschaftspiel des Elßässischen Theaters in Straßburg. Zum ersten Mal: „Der Herr Maire“, Lustspiel in 3 Akten von G. Stoskopf. Anfang 7 Uhr, Ende nach 9 Uhr.

Freitag, 30. März. Abt. C. 44. Ab.-Vorst. (Mittelpreise.) „Fidelio“, Oper in 2 Aufzügen von Freischütz, Musik von Ludwig van Beethoven. Anfang 7 Uhr, Ende nach halb 10 Uhr. Die zur „Fidelio“-Aufführung, die auf Samstag, 31. März, angelegt war, gelösten Eintrittskarten, welche für die Abt. A. 44. Ab.-Vorst. ausgestellt sind, sind längstens bis Donnerstag, 29. März, Mittags 1 Uhr, an der Vorverkaufsstelle des Großh. Hoftheaters umzutauschen, da diese Karten jetzt auch zu „Cyprienne“ (siehe unten) Gültigkeit haben.

Samstag, 31. März. Abt. A. 44. Ab.-Vorst. (Kleine Preise.) Zum ersten Mal wiederholt: „Cyprienne“, Lustspiel in 3 Akten von Victorien Sardou und G. de Najac. Deutsch von Oskar Blumenthal. Anfang 7 Uhr, Ende 9 Uhr.

Die zu „Cyprienne“ bereits gekauften Eintrittskarten, die die Bezeichnung C. 44. Ab.-Vorst. tragen, sind gleichfalls längstens Donnerstag, 29. März, Mittags 1 Uhr, an der Vorverkaufsstelle des Großh. Hoftheaters umzutauschen.

Wetterbericht des Centralbureau für Meteorologie u. Hyd. v. 28. März 1900. Während barometrische Maxima im äußersten Nordosten und Nordwesten von Europa lagern, ist die Luftdruckvertheilung auf dem ganzen übrigen Gebiet eine sehr unregelmäßige, indem verschiedene flache Minima bestehen. Das Wetter ist deshalb, wie bisher, trübe oder unbeständig und stellenweise fällt Schnee. Die Temperaturen liegen noch immer erheblich unter den normalen. Weiteres Anhalten des rauhen unbeständigen Wetters ist wahrscheinlich.

Witterungsbeobachtungen der Meteorol. Station Karlsruhe.

März	Barom. mm	Therm. in C.	Nöf. Feucht. in mm	Heutige Feucht. in Proz.	Wind	Himmel
27. Nachts 9 ^u	742.4	2.4	4.1	75	still	bedeckt
28. Mrgs. 7 ^u	743.0	1.6	4.6	89	SW	wolfig
28. Mittags 2 ^u	743.2	6.5	4.0	55	SW	wolfig

Höchste Temperatur am 27. März: 6.5 niedrigste in der darauffolgenden Nacht 1.0.

Niederschlagsmenge des 27. März: 0.0 mm.

Wasserstand des Rheins. Wagan, 28. März: 3.79 m, gefallen 6 cm.

Beantwortlicher Redakteur: Julius Raß in Karlsruhe.

Linde's Essenz ist sehr ergiebig, denn eine Messerspitze voll genügt, Geschmack und Farbe des Kaffees zu verbessern.

Todes-Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, unsern lieben Vater, Schwiegervater, Grossvater, Onkel

Herrn Prof. A. Richter

am Grossh. Realgymnasium hier, nach zehnmönatlichem schwerem Leiden im Alter von 69 1/2 Jahren in ein besseres Jenseits abzurufen. Wir bitten alle die, welche den Verbliebenen kannten, demselben ein freundliches Andenken bewahren zu wollen. **Mannheim**, den 28. März 1900.

Im Namen der trauernden Verwandten
Paul Richter, Privatlehrer u. Schriftsteller.
3-757

Todes-Anzeige.

Freunden und Bekannten machen wir schmerz erfüllt die betäubende Mittheilung, dass unsere liebe Schwester, Schwägerin und Tante

Fräulein Felizitas Brunner

nach kurzem Leiden im 74. Lebensjahre heute Nachmittags sanft entschlafen ist.

Im Namen der trauernden Familie:
Frau **Amalie Bechtel** geb. Brunner.
Handschuhsheim, 27. März 1900.

Dies statt besonderer Anzeige.

Die Beerdigung findet Donnerstag, den 29. März, Nachmittags 3 Uhr, in Handschuhsheim statt.
3-758

Verlag von **J. C. B. Mohr (Paul Siebeck)** in Tübingen, Freiburg i. B., Leipzig.

Die badischen Landesgesetze u. Verordnungen zur Ausführung und Ergänzung

Civilprozessordnung und des Zwangsversteigerungsgesetzes.

Zusammengestellt und im Anschluß an die C.P.O. erläutert von **B. Bezinger**, Oberlandesgerichtsrath in Karlsruhe.

Zweite umgearbeitete Auflage der „Normen des badischen Landesrechts“.

Erster Theil: **Text-Zusammenstellung**. — 8°. M. 3.—

(Sammlung der landesrechtlichen Civilprozess-Normen zugleich als Anhang zu Gaupp-Steins Commentar zur C.P.O. I.)

Der Schlussheft, einen kurzen Commentar im Umfang von etwa 6 Druckbogen enthaltend, soll noch im Jahre 1900 erscheinen. 3-730

Vorrätzig in der

Braun'schen Hofbuchhandlung (G. Pilmeyer) Karlsruhe.

W. Kern, Schirm-Fabrik,

Kaiserstraße 139, Ecke Marktplatz. Saison-Neuheit 1899.

Große Auswahl in eleganten Sonnenschirmen, sowie ächte Wiener Neuheiten.

Halbseidene Sonnenschirme, schwarz u. farbig, von 2,50 M. an. Stoffe zum Ueberziehen in allen Preislagen u. Genres.

Auch werden Schirme nach Wunsch schnellstens angefertigt.

W. Kern, Schirmfabrik, Kaiserstraße 139, Ecke Marktplatz.

Eine große Partie zurückgegebene Sonnenschirme werden zu den billigsten Preisen abgegeben. 3-700.1



Handschuhe, Cravatten, Hosenträger, anerkannt vorzügl. Qualitäten, empfehlen [3-151.7] **Ludwig Oehl** Nachfolger, Karlsruhe, Kaiserstrasse 116.

J. Lang's Verlagsbuchhandlung, Karlsruhe.

In Vorbereitung befindet sich:

Das Reichsgesetz betreffend die

Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften

vom 1. Mai 1889 in der neuen Fassung vom 20. Mai 1898 mit Änderungen unter besonderer Berücksichtigung der für Baden geltenden Ausführungsbestimmungen nebst den Vorschriften über die Führung der Genossenschaftsregister. 3-755

Preis noch unbestimmt.

Die zweite Gehilfenstelle beim Großh. Notariat Heidelberg IV. mit einem Jahresgehalt von 600 M. ist sofort zu besetzen. 3-752.1

Bewerber mit schöner Handschrift wollen sich unter Vorlage ihrer Zeugnisse ungesäumt melden. **Heidelberg**, den 27. März 1900. Großh. Notariat IV: **Becker.**

3-749. Nr. 7491. Ettlingen. Bei diesseitigem Bezirksamt ist eine **Kanzleigehilfenstelle** mit einer Jahresvergütung von 900 M. auf 1. April d. J. zu besetzen.

Bewerbungen aus der Zahl der Verwaltungskandidaten und Aspiranten haben umgehend zu erfolgen. **Ettlingen**, den 27. März 1900. Großh. Bezirksamt: **W. Samey.**

Bekanntmachung.

Von den im Jahre 1889 ausgegebenen Inhaberpapieren der Stadt

Lahr wurden unterm heutigen die nachbezeichneten Stücke zur Heimzahlung vorchriftsmäßig ausgelöst:

Lit. A Nr. 94, 106, 188, 196, 217, 225, 238.

Lit. B Nr. 24, 71, 81, 110, 115, 162, 227, 242, 248, 312, 347.

Lit. C Nr. 104, 143, 154, 161, 166, 186, 192, 223, 242, 289.

Lit. D Nr. 17, 57, 7, 63, 97, 109, 123, 190, 242, 244.

Die Papiere werden auf 1. Oktober l. J. zur Heimzahlung gekündigt. Mit diesem Tag hört ihre Verzinsung auf.

Lahr, den 23. März 1900. **Der Stadtrath:** Dr. Altfeld. Bigel. 3-735

Gewinn- und Verlust-Rechnung der Magdeburger Feuerversicherungs-Gesellschaft für das Rechnungsjahr 1899.

A. Einnahme.		M.	S.
1. Ueberträge aus dem Vorjahre:			
a. Prämien-Ueberträge (Prämien-Reserve)	M. 7 491 182,731	9 649 801	34
b. Schaden-Reserve	„ 2 158 119,719	27 361 701	26
2. Prämien-Einnahme, abzüglich der Risikoprämien		132 901	61
3. Nebenleistungen der Versicherten an die Gesellschaft (Politen- und Schreibgebühren)			
a. Zinsen	M. 488 543,737	549 400	39
b. Mietherträge	„ 60 856,719		—
4. Coursergebnis aus verkauften Wertpapieren			
5. Sonstige Einnahmen:		36 495	17
Coursdifferenz auf ausländische Valuten		491 050	29
6. Verlust			
7. Verlust			
		38 220 850	06
Summe			
B. Ausgabe.			
1. Schäden, einschließlich Kopien, aus den Vorjahren:			
a. bezahlt	M. 1 633 386,702	1 923 025	17
b. zurückgestellt	„ 289 639,715		—
2. Schäden, einschließlich Kopien, im Rechnungsjahre, abzüglich des Anteils der Rückversicherer:			
a. bezahlt	M. 10 072 464,705	12 394 945	95
b. zurückgestellt	„ 289 639,715	10 963 525	44
3. Rückversicherungs-Prämien			
4. Provisionen, abzüglich des von den Rückversicherern erstatteten Anteils:			
a. Agentur-Provision	M. 2 424 473,710	3 139 631	95
b. Agentur-Kosten	„ 2 322 481,700		—
5. Steuern und öffentliche Abgaben		345 085	50
6. Verwaltungskosten		1 031 016	52
7. Freiwillige Leistungen zu gemeinnützigen Zwecken, insbesondere für das Feuerlöschwesen		105 417	59
8. Abschreibungen:			
auf die Gesellschafts-Grundstücke		11 938	50
9. Coursergebnis auf Wertpapiere		323 307	78
10. Prämien-Ueberträge		7 919 688	35
11. Sonstige Neben:			
12. Sonstige Ausgaben:			
a. Zinsen	M. 24 287,733		—
b. Beiträge zur Pensionskasse und zur Alters- und Invaliditäts-Versicherung für die Beamten	„ 38 979,739	63 267	31
		38 220 850	06
Summe			

Als Dividende gelangen zur Auszahlung:
a. dem Sparfonds nach § 51 des Gesellschafts-Statuts entnommen M. 750 000,000
b. dem außerordentlichen Reservefonds entnommen „ 150 000,000
für 5000 Aktien à M. 180,000 M. 900 000,000

BILANZ.

A. Activa.		M.	S.
1. Wechsel der Actionäre		12 000 000	00
2. Hypothekensicherer Grundbesitz		2 148 578	00
3. Hypothekensicherer Grundschuldforderungen		4 657 075	50
4. Darlehen auf Wertpapiere			
5. Wertpapiere (gemäß den Bestimmungen des Artikels 185 a des Reichsgesetzes v. 18. Juli 1884) Courswert am 31. Dezember 1899	M. 7 728 246,711	7 379 652	51
6. Wechsel		18 504	78
7. Guthaben bei Bankhäusern		1 202 461	61
8. Guthaben bei anderen Versicherungs-Gesellschaften		2 627 894	01
9. Zinsen-Forderungen		25 815	04
10. Ausstände bei Generalagenten bezw. Agenten		1 376 080	71
11. Rückstände der Versicherten			
12. Baare Kasse		35 444	35
13. Inventar und Druckfachen			
14. Sonstige Activa:			
Guthaben bei vierzehn anderen Debitoren		13 794	60
15. Verlust		491 050	29
		31 976 801	40
Summe			
B. Passiva.			
1. Aktien-Kapital		15 000 000	00
2. Kapital-Reservefonds		1 500 000	00
3. Special-Reserven:			
a. Sparfonds	M. 3 000 000,000	3 985 400	00
b. außerordentlicher Reservefonds	„ 985 400,000		—
4. Schaden-Reserve		2 612 120	15
5. Prämien-Ueberträge		7 919 688	35
6. Gewinn-Reserve der Versicherten			
7. Guthaben:			
a. anderer Versicherungs-Anstalten	M. 680 520,004	810 550	88
b. der General-Agenten bezw. Agenten	„ 54 892,007	142 311	34
c. neun anderer Creditoren	„ 75 138,717		—
8. Baar-Kauttionen			
9. Sonstige Passiva:			
a. nicht abgehobene Dividende aus früheren Jahren	M. 4 350,000	6 230	68
b. Bestand des Gratifikations- und Dispositionsfonds	„ 1 880,000		—
		31 976 301	40
Summe			

Magdeburg, den 31. Dezember 1899.

Magdeburger Feuerversicherungs-Gesellschaft.

Der General-Direktor: **H. Watke.**

3-705

Schreibgehilfe

zu sofortigem Eintritt gesucht. Jahresvergütung 600 M. 3-758.2

Actuariatskandidaten bezw. Agenten Adelsheim, den 28. März 1900.

Großh. Notariat: **Dr. Schwarzschilb.**

3-661.2. Mosbach. Bei diesseitigem Amtsgerichte, auf 20. April d. J. besetzbar, eine **Actuariatsstelle** zu vergeben. Gehalt bis zu 400 M. Schreibgebühren ungefähr 130 M. Bewerbung sofort erbeten. Mosbach, 28. März 1900. Großh. Amtsgericht. **Günzert.**

3-751.1. Ettlingen. **Schreibgehilfe** kann bei Unterzeichnetem sofort eintreten. Jahresgehalt 600 M. Bewerber wollen Zeugnisse vorlegen. Ettlingen, den 27. März 1900. Großh. Notariat I: **Schbach.**

Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.

Die Arbeiten für Lieferung und Aufstellung des Eisenwerkes für zwei auf den Bahnhöfen in Rastatt und Mosbach zu errichtende Fußgängerstege sollen in öffentlicher Wettbewerbung vergeben werden.

Die Gewichte der zur Verwendung gelangenden Eisenteile betragen:

	an Fluß-Guß-Eisen	an Fluß-Guß-Eisen	an Fluß-Guß-Eisen
	kg	kg	kg
für den Fußgängersteig in Rastatt	49000	2600	51600
in Mosbach	24500	2300	26800
zusammen	73500	4900	78400

Die Pläne, Gewichtsberechnungen und Bedingungen liegen auf dem Centralbureau der Generaldirektion vom 28. März d. J. an zur Einsicht auf; ein Versandt der Bedingungenunterlagen findet nicht statt.

Die auf die Einheitspreise zu stellenden Angebote sind für die genannten Arbeiten, oder für jedes Bauwerk getrennt, versiegelt und portofrei und mit der Aufschrift „Bewerbung von eisenernen Fußgängersteigen“ versehen bis längstens zum **Montag, den 9. April d. J., Vormittags 10 Uhr**, bei diesseitiger Stelle einzureichen, wofür bei dem genannten Tage die Eröffnung der Angebote in Anwesenheit der etwa erschienenen Bewerber stattfinden wird. Die Zuschlagsfrist beträgt 14 Tage. Karlsruhe, den 24. März 1900. Generaldirektion.

3-750. Säckingen. Ein **Kanzleigehilfe** für diesseitiges Bezirksamt gegen Jahresvergütung von 900 Mark wird gesucht.

Bewerber aus der Zahl der Actuare oder Aspiranten wollen sich **sofort** melden. Säckingen, den 26. März 1900. Großh. Bezirksamt: **Reiffner.**